

Ehrenamt

Fundament der Zivilgesellschaft

Das ehrenamtliche Engagement ist ein wesentliches Fundament unserer Gesellschaft und bildet einen wichtigen Teil des Sozialkapitals. Alle nicht-kommerziellen Organisationen wie Wohlfahrtsverbände, Sportvereine oder auch die Rettungsdienste sind im Grunde auf die Mitarbeit von Freiwilligen angewiesen und die Gesellschaft profitiert davon. Zusammen mit der Haushalts- und Selbstversorgungswirtschaft summiert sich dieses Engagement umgerechnet auf einen Gegenwert von rund einer Billion Euro.

Eine Befragung der Prognos AG im Sommer 2008 ergab, dass der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten im gesamten Bundesgebiet bei 34 Prozent liegt. Betrachtet man die einzelnen Bundesländer, so lässt sich erkennen, dass sich in den alten Bundesländern wesentlich mehr Menschen engagieren. Spitzenreiter sind Hessen und Baden-Württemberg mit je 40 Prozent, dicht gefolgt von Bayern und Rheinland-Pfalz mit 39 Prozent. Im Allgäu, in Franken und in der Region Oberpfalz-Nord liegt die Quote sogar bei über 45 Prozent. In ländlichen Gebieten ist generell eine höhere Engagementquote zu verzeichnen als in Großstädten.

Außerdem zeigt sich ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Kirchenmitglieder und der Größe des Engagements: Je mehr Kirchenmitglieder in einem Land leben, umso größer ist das Engagement. Kirchenmitglieder sind häufig stärker gesellschaftlich engagiert.

Einen engen Zusammenhang gibt es auch zwischen sozialem Status und bürgerschaftlichem Engagement. Während in der Gruppe der Rentner und Arbeitssuchenden die Engagementquote am niedrigsten ist, liegt sie bei den Teilzeitbeschäftigten am höchsten. Zwei Drittel der Engagierten sind erwerbstätig. Positive Auswirkungen auf das

Engagement hat auch ein höheres formales Bildungsniveau. Uni- oder FH-Absolventen tun am meisten für's Gemeinwohl.

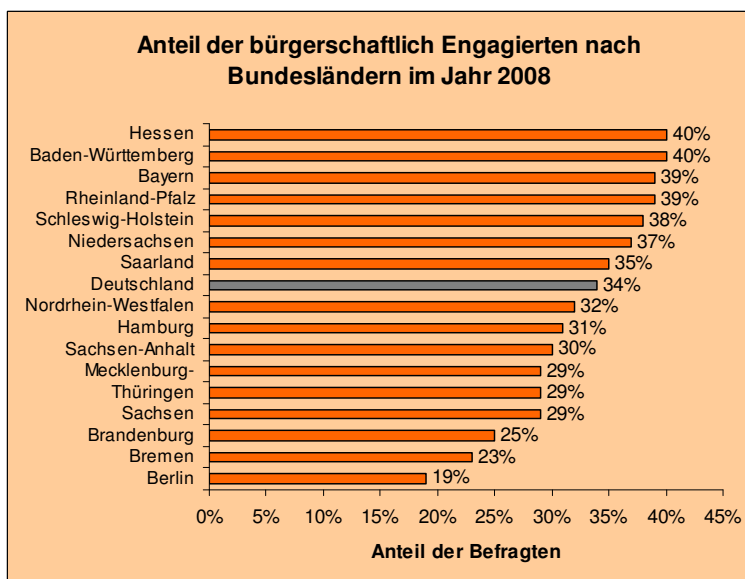
Es gibt verschiedene Motive sich freiwillig zu engagieren: So gaben 29,6 Prozent der Befragten an, durch ihre ehrenamtliche Tätigkeit die Gesellschaft mitgestalten zu wollen. An zweiter Stelle stand mit 25,9 Prozent das Bedürfnis mit anderen Menschen zusammen zu kommen. 23,7 Prozent der Freiwilligen sehen ihr Engagement als wichtige gesellschaftliche Aufgabe, um sich somit in die Gesellschaft einbringen zu können beziehungsweise ihre eigene Integration dadurch zu fördern. Wichtig ist den Engagierten aber auch, ihre eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten einzubringen.

Die beliebtesten Bereiche für Bürgerschaftliches Engagement sind nach wie vor Sport, Freizeit und Geselligkeit,

in denen sich die unter 30-Jährigen überdurchschnittlich häufig betätigen. Bei den über 55-Jährigen liegt das Tätigkeitsfeld überwiegend in den Bereichen Soziales, Gesundheit und Pflege. Für die Zukunft werden voraussichtlich die Bereiche „Kinder und Jugend“, „sozialer Bereich“, Engagement für Ältere“ und „Umwelt und Tierschutz“ bei der Entwicklung der Engage-

mentbereitschaft an Bedeutung gewinnen. Hier ist zumindest der Positivsaldo aus derzeitigem Engagement und Engagementabsicht am größten. Aufgrund von Globalisierung, demografischem Wandel sowie zunehmender ungleicher Lebensbedingungen gewinnt die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zunehmend an Bedeutung. Unterstützung könnten dabei vor allem auch die Schaffung einer Anerkennungskultur und der Ausbau der Infrastruktur bieten.

In diesem Sinne wünscht die Redaktion Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und ein erfolgreiches Jahr 2010.



Vertrauen und Sozialkapital

Zentraler Wachstumstreiber

Mehr Vertrauen geht mit mehr Wohlstand einher, so das Ergebnis einer IW-Studie. Insofern lohnen sich Investitionen ins Sozialkapital. Gerade zur Weihnachtszeit sind Begegnungen und Netzwerk ja besonders beliebt und zahlen sich nun auch mit Blick auf den Wohlstand aus.

Vertrauen ist eine wesentliche Basis jeder wirtschaftlichen Interaktion, ob in der Beziehung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, zwischen Geschäftspartnern oder zwischen Staaten. Es kann als Schmiermittel Inter- und Transaktionen ermöglichen, erleichtern und beschleunigen. Die Bedeutung von Vertrauen wird häufig erst nach dessen Missbrauch wahrgenommen. Ähnlich wie Freiheit wird erst durch das Fehlen die wahre Bedeutung offenkundig.

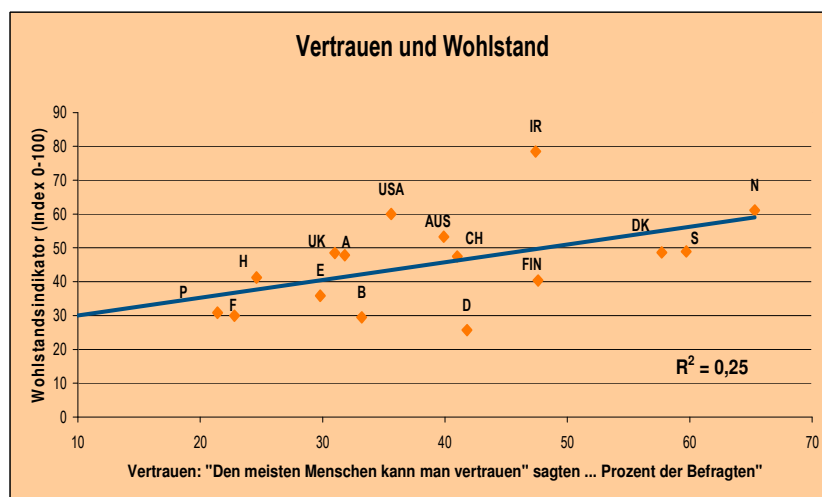
Vertrauen, Bindungen und Werte/ Normen bilden zusammen das Sozialkapital einer Gesellschaft. Es kann auf drei Ebenen wirken: auf der individuellen Ebene, wenn auf Kontrollen der Gegenpartei verzichtet wird; auf der Unternehmensebene, wenn das Unternehmen auf Vertrauenskultur setzt; auf der gesamtwirtschaftlichen und politischen Ebene, wenn allgemein akzeptierte Wertevorstellungen für Zielkongruenz zwischen Politikern und Wählern und innerhalb der Gruppen sorgen.

Vertrauen hängt dabei auch eng mit dem Wohlstand einer Nation zusammen: Wenn Menschen den meisten anderen Menschen trauen, leben sie in größerem Wohlstand. Eine Untersuchung des IW Köln von Industrieländern, gemessen über die Frage „Den meisten Menschen kann man vertrauen“, hat ergeben, das Vertrauen tatsächlich positiv mit Wohlstand zusammenhängt (siehe Abbildung). Der Wohlstand wurde dabei für die Jahre 2000 bis 2005 als Index aus den Wachstums- und Beschäftigungsvariablen ermittelt. Diese einfache Regressionsanalyse zeigt, dass es einen Zusammenhang zwischen Vertrauen und Wohlstand gibt, ohne dass damit eine Kausalbeziehung unterstellt werden soll. Dennoch ist diese Kausalkette – unter Einbeziehung theoretischer Überlegungen (siehe

Enste/ Jäger, Vertrauensstabilisierung als Wachstumsfaktor, in: IW Köln, Agenda 20D, Köln, 2009) – plausibel und stimmt mit anderen Untersuchungen.

In anonymen Großgesellschaften kommt dabei dem Systemvertrauen zunehmende Bedeutung zu. Es lässt sich von staatlicher Seite durch eine gute Ordnungspolitik fördern, indem die Eigentums- und Verfügungsrechte gesichert werden, der Staat verlässliche Rahmenbedingungen vorgibt und für transparente und nachvollziehbare Regelungen sorgt. Entscheidend sind in modernen Gesellschaften somit die Institutionen, welche die über Face-to-Face-Kommunikation entstehende Vertrauensbasis ergänzen müssen. Zu weit reichende Regulierungen, enge Verordnungsvorgabe und bürokratische Strukturen vertragen sich wiederum nicht mit Vertrauen. Staaten, aber auch Unternehmen müssen sich für eine Kultur entscheiden: Vertrauenskultur mit wenigen Kontrollen oder Misstrauenskultur (Compliance) mit strengen Kontrollen. Studien zeigen dabei, dass langfristig eine Vertrauenskultur erfolgreicher ist. Sowohl bei der Performance eines Unternehmens als auch eines Staates.

Die Finanz- und Vertrauenskrise ist auch dadurch entstanden, dass der Regelungsrahmen lückenhaft und verzerrt war und opportunistisches Verhalten gefördert hat. Insbesondere der fehlende Zusammenhang von Kompetenz und



Haftung bezüglich der zu tragenden Lasten hat marktwirtschaftliche Vorstellungen in Misskredit gebracht. Viele Bürger misstrauen dem Markt als Institution der Ressourcenallokation, obwohl die Soziale Marktwirtschaft in den letzten 60 Jahren zu einer Versechsfachung des Wohlstands beigetragen hat und Deutschland – zum Beispiel mit Blick auf die Arbeitslosigkeit – im internationalen Vergleich bislang sehr gut durch die Krise gekommen ist.

Die Wirtschaftspolitik sollte mit dieser Situation transparent umgehen und die Debatte über die neue Finanzarchitektur im speziellen und über die Wirtschaftsordnung im Allgemeinen ehrlich führen. Andernfalls wird weder Vertrauen noch Dynamik in die Finanzmärkte zurückkehren. Dies wäre eine dauerhafte Hypothek für den zukünftigen Wachstumspfad der deutschen Volkswirtschaft.

Wirtschaftspsychologie

„Dänen lügen nicht“

Warum gibt es in Italien mehr Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit als in Dänemark? Warum sind Franzosen in finanziellen Angelegenheiten unehrlicher als Schweden und Finnen? Ökonomen beantworten diese Frage häufig mit dem Verweis auf unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen. Wirtschaftspsychologen haben nun gezeigt, dass auch Erziehungsstile und der Glaube eine Rolle spielen.

Der Wohlfahrtsstaat kann nur dann gesichert werden, wenn die Bürger sich an der Finanzierung beteiligen und auf seine Ausbeutung verzichten. Die erforderliche finanzielle Ehrlichkeit lässt sich zum Beispiel herbeiführen, indem staatlicher Zwang ausgeübt wird. Das heißt, Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit werden bestraft und von staatlichen Instanzen verfolgt, genauso wie der ungerechtfertigte Bezug von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe. Ein anderer Weg, die Finanzierung des Sozialstaats sicherzustellen, liegt darin, die Menschen von dessen Notwendigkeit zu überzeugen und sie an der Ausgestaltung zu beteiligen. Auch dann betrügen sie den Staat weniger.

Wirtschaftspsychologen betrachten anders als Ökonomen nicht in erster Linie den Einfluss institutioneller Regelungen auf das Verhalten, sondern untersuchen auch individuelle Einstellungen und kulturelle Gegebenheiten. Analysen auf Basis des World Value Surveys zeigen dabei spannende Zusammenhänge:

(1) Die durchschnittliche Ehrlichkeit in einem Land ist umso höher, je weniger autoritär der Erziehungsstil ist (Abbildung).

(2) Je länger eine stabile Demokratie besteht, desto ehrlicher sind die Menschen.

(3) Je weniger katholisch und je mehr protestantisch ein Land geprägt ist, umso seltener ist finanzielle Unehrlichkeit.

(4) Je femininer die Kultur eines Landes beschrieben werden kann, desto ehrlicher sind die Einwohner.

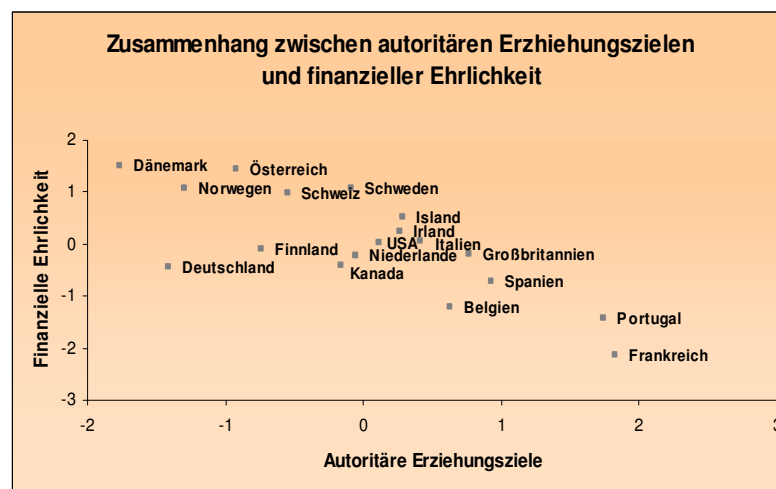
(zu 1): Bei der Untersuchung des Einflusses der Erziehungsstile wurden „elf Werte, die Kinder zu Hause lernen sollten“ vorgelegt, unter denen fünf ausgewählt werden sollten, die als besonders wichtig angesehen werden. Zwischen den untersuchten Ländern zeigten sich dabei bemerkenswerte kulturelle Unterschiede: Mit 81 Prozent wurde von den Dänen Selbstständigkeit als wichtigstes Erziehungsziel angegeben, während nur eine Minderheit (20 Prozent) Gehorsamkeit als wichtigstes Ziel ansah. Im Gegensatz setzen die Franzosen zu 53 Prozent auf Gehorsamkeit und nur zu 27 Prozent auf Selbstständigkeit als wichtigstes Erziehungsziel. Fetschenhauer/ Goebbels (2007) fassten die Werte zu einer Autoritätsskala zusammen und es zeigte sich: Je autoritärer die Erziehung, desto unehrlicher sind die Menschen. In der Abbildung lässt sich erkennen, welche Werte die 18 einbezogenen, westlichen Industrienationen erreichten.

(zu 3) Auch Religionen und ihre Institutionen prägen die kulturellen Werte der Gesellschaft. Als autoritär und patriarchalisch wird die katholische Kirche angesehen – im Gegensatz zur protestantischen Kirche. Die patriarchalische Struktur der katholischen Kirche zeigt sich zum Beispiel daran, dass keine Frau ein Priesteramt bekleiden darf.

Die Datenanalyse zeigt nun, dass in protestantisch geprägten Ländern die finanzielle Ehrlichkeit höher ist, als bei den Menschen in katholisch geprägten Ländern.

(zu 4) Grundlage, um den Grad der Verwirklichung der Gleichberechtigung in den Länder zu erfassen, war unter anderem der Anteil an Sitzen im Parlament, der durch Frauen besetzt war. Die durchschnittliche Ehrlichkeit der Bürger war umso höher, je mehr Frauen im Parlament saßen. Dies korrespondiert mit der Erkenntnis, dass Frauen in finanziellen Dingen generell ehrlicher sind als Männer.

Übrigens, die Skala zur Messung von finanzieller Ehrlichkeit aus den World Value Surveys wurde gesondert auf ihre externe Validität hin untersucht. Und diese zeigt sich zum Beispiel daran, dass in Ländern mit hoher finanzieller Ehrlichkeit, verlorene Brieftaschen häufiger wieder an ihren Eigentümer zurückgegeben werden. Dies lässt sich mit entsprechenden Feldexperimenten zeigen.



Gesellschaftliches Engagement

Stiften und Spenden

Fast die Hälfte der Bundesbürger unterstützt den Kultur- und den Sportverein im eigenen Dorf ebenso wie die weltweit tätigen Hilfsorganisationen regelmäßig mit Geldspenden. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die durchschnittliche Summe, die jeder Deutsche für die Spendentöpfe übrig hat, deutlich gestiegen. Vermögende Privatpersonen und Unternehmer engagieren sich zusätzlich für die Gesellschaft, indem sie Stiftungen gründen. Auch deren Zahl hat in den vergangenen Jahren kräftig zugenommen.

Gerade die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise hat wieder viele Stimmen laut werden lassen, die behaupten, im marktwirtschaftlichen System würden die Menschen nur ihre egoistischen Ziele verfolgen – der Gemeinsinn ginge dabei verloren.

Tatsächlich aber setzen sich die Bundesbürger in verschiedener Form für gute Zwecke ein – unter anderem durch Spenden. Zuletzt haben die Deutschen je nach Schätzung zwischen 3 und 6 Milliarden Euro jährlich aufgebracht, vor allem für soziale und kulturelle Einrichtungen sowie für Bildungszwecke und internationale Hilfsorganisationen. Dem Spendenmonitor des Meinungsforschungsinstituts Emnid zufolge ist die Bereitschaft, anderen finanziell zu helfen, hierzulande in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen (Grafik):

Die durchschnittliche Spendensumme je Bundesbürger ab 14 Jahren kletterte von 78 Euro im Jahr 1995 auf 102 Euro im Jahr 2008. Anno 2006 waren die Deutschen am großzügigsten und ließen rechnerisch sogar 119 Euro springen.

Im langjährigen Mittel zücken rund 40 Prozent der Jugendlichen und Erwachsenen ihr Portemonnaie, wenn es um das Gemeinwohl geht. Melden die Medien eine Katastrophe wie das Elbhochwasser von 2002 oder die Tsunamiflut in Südostasien Ende 2004, sind es sogar noch deutlich mehr.

Einen „typischen“ Wohltäter gibt es zwar nicht – generell spenden alle Bevölkerungsschichten. Allerdings be-

weisen mehr Frauen als Männer finanzielle Hilfsbereitschaft und mehr Ältere als Jüngere. Von den verschiedenen Berufsgruppen sind Beamte und Selbstständige am freigiebigsten. Wenig überraschend ist, dass Haushalte mit einem Einkommen von mehr als 4.000 Euro monatlich besonders großzügig geben – von ihnen spenden 81 Prozent regelmäßig.

Für die Hilfsbereitschaft sind aber nicht nur die finanziellen Möglichkeiten ausschlaggebend, sondern auch individuelle Werte und Grundhaltungen. So zählt nur jeder dritte konfessionslose Bundesbürger zu den Spendern, aber zwei Drittel der Christen. Von denjenigen, die ihre Bindung an die Kirche als besonders eng beschreiben, geben sogar über 80 Prozent freiwillig etwas ab.

Wer nicht nur ein großes Herz, sondern auch ein dickeres Finanzpolster hat, der kann sein bürgerschaftliches Engagement ebenfalls über eine Stiftung einbringen. Diese Möglichkeit nutzen immer mehr Menschen: Die Zahl der neu gegründeten Stiftungen erhöhte sich von 181 im Jahr 1990 kontinuierlich auf den vorläufigen Rekord von 1.134 im Jahr 2007.

Anfang 2009 existierten nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen insgesamt 16.406 Stiftungen bürgerlichen Rechts mit einem Gesamtvermögen von mehr als 100 Milliarden Euro.

Allerdings verfügt die Mehrzahl der Stiftungen nur über eher begrenzte Mittel. Ein Fünftel ist mit maximal 50.000 Euro ausgestattet; etwa die Hälfte verwaltet ein Kapital

zwischen 50.000 und 500.000 Euro; und lediglich rund ein Fünftel ist in der Lage, mit einem Vermögen von mehr als 2,5 Millionen Euro wohltätige Zwecke zu verfolgen.

Besorgniserregend ist, dass die Finanzkrise auch vor den gemeinnützigen Organisationen nicht haltmacht. Vor allem die großen Unternehmensstiftungen bekommen die wirtschaftliche Talfahrt zu spüren – die ihnen zufließenden Firmendividenden sinken. Darüber hinaus werfen die Stiftungsvermögen weniger Zinsen ab. Infolgedessen ist das Vermögen der fünf größten Stiftungen in Deutschland seit dem vergangenen Jahr um 7 Prozent auf nunmehr rund 15 Milliarden Euro geschrumpft.

